

Müller, Bettina

Article

Die Unternehmergeinschaft: Kostengünstige Variante der GmbH

ZEW Gründungsreport

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Müller, Bettina (2010) : Die Unternehmergeinschaft: Kostengünstige Variante der GmbH, ZEW Gründungsreport, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Vol. 10, Iss. 2, pp. 3-4

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/109774>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden anbieten.

Im Vergleich zu den konsumnahen Dienstleistungen sind die Gründungen in den unternehmensnahen Dienstleistungen mit etwa 6 v.H. etwas weniger stark gestiegen. Im Vergleich zu anderen Branchen ist der Anteil der UGs mit etwa 21 v.H. in der Branche der unternehmensnahen Dienstleistungen mit Abstand am Höchsten. Bleiben die Gründungen in der Rechtsform der UG unberücksichtigt, sinkt die Anzahl der Gründungen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 2 v.H. Im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen ergibt sich kein eindeutiges Bild. Der Zuwachs an Gründungen von Rechtsanwaltskanzleien (26 v.H.) und Wirtschaftsprüfern (19 v.H.) ist deutlich höher als bei der Gründung von Werbeagenturen

(6 v.H.) oder Public Relations-Unternehmen und Unternehmensberatungen (2 v.H.). Ein möglicher Grund für diese Entwicklung ist die Wirtschafts- und Finanzkrise. Juristen und Wirtschaftsprüfer haben relativ geringe Markteintrittskosten und können bei ungünstigen Beschäftigungskonditionen von Kanzleien eine freiberufliche Tätigkeit aufnehmen. Daneben werden Unternehmen in einer Krise zunächst versuchen, Kosten zu reduzieren und beispielsweise Marketingbudgets kürzen. Der erhöhte Wettbewerb in der Werbebranche hält potenzielle Gründer vom Markteintritt ab.

Die Anzahl der Gründungen im Handel stieg im Vergleich zum Vorjahr um etwa 6 v.H. Ohne Berücksichtigung der UGs ist die Gründungstätigkeit im Handel um etwa 2 v.H. gegenüber dem Vorjahr ge-

sunken. Die Entwicklung der Anzahl der Gründungen im Handel wird überwiegend von Gründungen im Großhandel und bei Handelsvermittlungen getragen. In diesem Bereich stieg die Anzahl der Gründungen um 11 v.H. Die Gründungstätigkeit ging lediglich in den Branchen Handel mit Kraftwagen sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen zurück. Hierbei ist ein Zusammenhang mit der für das Jahr 2009 erwarteten Krise auf dem Automobilmarkt nicht auszuschließen. Insbesondere die staatlichen Eingriffe dürften die Nachfrage nach Reparaturleistungen und den Markt für Gebrauchtwagen beeinflusst haben. Die Anzahl der Gründungen im Einzelhandel blieb nahezu unverändert. Die Gründungstätigkeit erhöhte sich leicht um 1 v.H.

Daniel Höwer, hoewer@zew.de

Die Unternehmergeinschaft: kostengünstige Variante der GmbH

Es wird immer wieder angeführt, dass die Deutschen weniger risikobereit sind, wenn es um die im Vergleich zu den USA geringe Gründungsneigung in Deutschland geht. Haftungsbeschränkte Rechtsformen sind eine Möglichkeit, dieser Risikoneigung zu begegnen. Seit dem 1. November 2008 gibt es eine Variante der GmbH, die die Kosten einer haftungsbeschränkten Gesellschaft deutlich senkt: die haftungsbeschränkte Unternehmergeinschaft (UG) oder Mini-GmbH.

Wer bis zum 1.11.2008 in Deutschland ein haftungsbeschränktes Unternehmen gründen wollte, hatte im Wesentlichen die Auswahl zwischen einer GmbH oder einer AG. Diese Rechtsformen sind aber mit vergleichsweise hohen Kosten verbunden, weswegen Gründer immer wieder auf die englische Limited ausgewichen sind. Seit November 2008 gibt es mit der Unternehmergeinschaft (UG) auch im deutschen Recht die Möglichkeit, ein Unternehmen mit Haftungsbeschränkung zu geringen Kosten zu gründen. Rechtliche Grundlage ist das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG). Die UG ist keine neue Rechtsform, sondern eine Variante der GmbH mit erleichterten Regeln für die Errichtung. (Deswegen auch die umgangssprachliche Bezeichnung Mini-GmbH.)

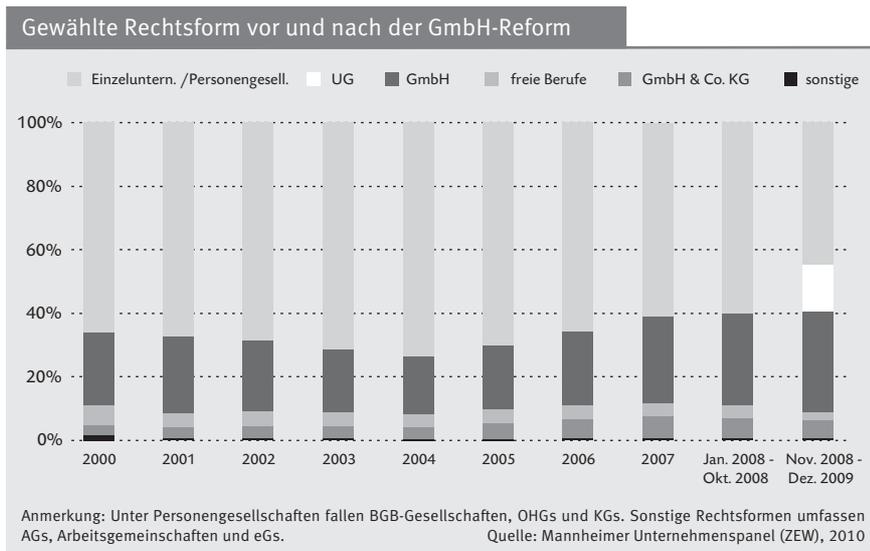
Die Kosten der Gründung eines haftungsbeschränkten Unternehmens wurden durch die Einführung der UG in zwei Hinsichten

gesenkt. Erstens: Im Gegensatz zu einer herkömmlichen GmbH, für die bei Gründung ein Stammkapital von mindestens 25.000 Euro aufgebracht werden muss, können UGs bereits mit einem Euro gegründet werden. Weiterhin können Musterprotokolle verwendet werden, die Gesellschaftsvertrag, Geschäftsführerbestellung und Gesellschafterliste kombinieren und nur noch notariell beglaubigt, aber nicht mehr beurkundet werden müssen. Für den Registereintrag sind keine staatlichen Genehmigungsurkunden mehr vorgeschrieben. Mit diesen veränderten Regeln kann eine UG mit weniger finanziellen Ressourcen und weniger Zeitaufwand gegründet werden als die ursprünglichen haftungsbeschränkten Gesellschaften. Zweitens und vermutlich wichtiger: Das Risiko des Gründers ist geringer. Wie bei AG und GmbH auch, haften die Gesellschafter einer UG nur mit dem Stammkapital. Im Extremfall bedeutet das, dass die Haftung sich auf einen Euro beschränkt.

Allerdings wird ein geringes Stammkapital mit höheren Finanzierungskosten verbunden sein, da eine UG den Gläubigern dann keine ausreichenden Sicherheiten bieten kann. Dies ist allerdings nur relevant, wenn eine UG tatsächlich auf Fremdkapital angewiesen ist. Für wenig kapitalintensive Geschäftsmodelle werden die höheren Finanzierungskosten nur eine geringe Rolle spielen.

Nach den Informationen im Mannheimer Unternehmenspanel (MUP) sind seit dem In-Kraft-Treten der GmbH-Reform im November 2008 bis zum Ende des Jahres 2009 etwa 19.000 UGs gegründet worden. Das sind 14 v.H. aller Unternehmen, die in diesem Zeitraum errichtet wurden. UGs gehören damit zu den beliebtesten Rechtsformen für neue Unternehmen. Häufiger wurden nur noch Gewerbebetriebe (36 v.H.) und Voll-GmbHs (32 v.H.), also GmbHs nach den ursprünglichen Regeln, gegründet. Betrachtet man alle GmbHs zusammen (Voll-GmbHs und UGs) zeigt sich, dass fast jede dritte GmbH (30 v.H.) als UG gegründet wurde.

Die Einführung der UG kann sich in zweierlei Weise auf das Gründungsgeschehen auswirken. Zum einen kann sie die Anzahl der Gründungen erhöhen, da das Risiko und die Gründungskosten gegenüber einer



Feststellung gesunken sind. Zum anderen kann sie zur Umwandlung von bereits bestehenden Formen selbständiger Tätigkeiten führen, da eine haftungsbeschränkte Rechtsform nun zu geringeren Kosten zu erhalten ist. Welcher dieser Effekte überwiegt, kann zum derzeitigen Zeitpunkt allerdings nicht gesagt werden. Dies liegt an der unterschiedlichen Erfassungsgeschwindigkeit und -wahrscheinlichkeit von Unternehmen unterschiedlicher Rechtsformen im MUP. Informationen über Unternehmen, die im Handelsregister eingetragen werden müssen, werden von Creditreform zeitnah erfasst. Bei nicht-eintragungspflichtigen Unternehmen muss auf andere Quellen zurückgegriffen werden, was mit einem höheren Zeitaufwand verbunden ist. Außerdem ist es möglich, dass diese Unternehmen gar nicht erfasst werden, da sie aufgrund geringer Wirtschaftsaktivität nicht „sichtbar“ genug sind. Dies betrifft in erster Linie Kleingewerbetreibende, Freiberufler und freie

Mitarbeiter. Die Zunahme der Gründungstätigkeit im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2008, wie sie im Bericht auf Seite 1 bis 3 beschrieben ist, kann deswegen nicht nur auf eine höhere Anzahl von Neugründungen zurückzuführen sein. Der Anstieg kann auch darin begründet sein, dass die Unternehmen schneller erfasst werden, da die UG eintragungspflichtig ist, oder dass einige Unternehmen überhaupt erstmalig erfasst werden. Letzteres ist dann der Fall, wenn die UG für Selbständige mit einer geringen Wirtschaftsaktivität und für freie Mitarbeiter attraktiv ist und diese Personengruppe ihre bereits bestehende selbständige Tätigkeit im Rahmen einer UG fortführt.

Es gibt Hinweise darauf, dass die Zunahme der Gründungen von ungefähr 8 v.H. zwischen 2008 und 2009 tatsächlich nicht vollständig auf Neugründungen zurückzuführen ist. Zum einen scheint eine Substitution der Rechtsformen stattgefunden zu haben. Dies lässt sich an der Verän-

derung der Struktur der bei Gründung gewählten Rechtsformen ablesen (siehe Abbildung). Bis zur GmbH-Reform wurden hauptsächlich Einzelunternehmen oder Personengesellschaften (BGB-Gesellschaften, OHGs und KGs) gegründet. Mindestens 60 v.H. der Unternehmen hatte eine dieser Rechtsformen gewählt. Seit November 2008 ist der Anteil der Unternehmen, die als GmbH gegründet werden, jedoch genauso hoch wie der Anteil der Unternehmen, die als Einzelunternehmer oder Personengesellschaft gegründet werden (etwa 45 v.H.). Diese Zunahme ist fast ausschließlich auf Unternehmen zurückzuführen, die als UG gegründet werden. Zum anderen lassen sich im MUP nur wenige Umgründungen von BGB-Gesellschaften und Freiberuflern finden. Die meisten Umgründungen waren ursprünglich Gewerbebetriebe (51 v.H.). Nur 7 v.H. waren vorher BGB-Gesellschaften und 5 v.H. Freiberufler. Es ist aber zu vermuten, dass es insbesondere für diese Gruppe von Selbständigen interessant ist, das Unternehmen in eine UG umzuwandeln. Diese Beobachtungen lassen den Schluss zu, dass im MUP durch die Einführung der UG ein vollständigeres Bild des bereits vorhandenen Umfangs selbständiger Tätigkeit in Deutschland abgebildet wird. Welcher Anteil des Anstiegs in den Gründungszahlen tatsächlich auf Ersterfassungen bereits bestehender selbständiger Tätigkeit und welcher Anteil auf Neugründungen zurückzuführen ist, muss mit zukünftigen Wellen des MUPs und weitergehenden Methoden untersucht werden. Es lässt sich aber festhalten, dass die UG im ersten Jahr ihres Bestehens eine breite Akzeptanz in der deutschen Gründerszene gefunden hat.

Dr. Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

Standardauswertungen für externe Datennutzer

Indikatoren zum Gründungsgeschehen in Deutschland können externen Datennutzern in Form von standardisierten Tabellen zur Verfügung gestellt werden. Ausgewiesen werden Gründungsintensitäten (absolute Zahl der Gründungen je 10.000 Einwohner im Alter von 18 bis 65 Jahren (Erwerbsfähige)) für verschiedene Branchenabgrenzungen. In der Auswertung 1 wird die Abgrenzung technologieorientierter Wirtschaftszweige zu Grunde gelegt. In der Auswertung 2 wird die Abgrenzung der Hauptbranchen verwendet. In der Auswertung 3 wird eine Auszählung der Gründungszahlen auf der Ebene der Wirtschaftszweigeinsteller nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008 des

Statistischen Bundesamtes oder geeigneter Aggregate vorgenommen. Die vorgegebene Sektorstruktur erlaubt den unmittelbaren Vergleich mit anderen Datenquellen z.B. der Gewerbeanzeigenstatistik des Statistischen Bundesamtes. Die Auswertungen 1 und 2 können auf der Ebene der Bundesländer, Metropolregionen, Raumordnungsregionen, IHK-Regionen und Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Die Auswertung 3 kann lediglich auf Ebene der Bundesländer und der Metropolregionen angeboten werden. Das aktuelle Angebot von Standardauswertungen ist unter <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/grep/Datennutzer2010-02.pdf> zu finden.

ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Gründungsreport, erscheint halbjährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Daniel Höwer, Telefon 0621/1235-187, E-Mail hoewer@zew.de, Dr. Bettina Müller, Telefon 0621/1235-352, E-Mail bettina.mueller@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010